

Rede zur Aktuellen Debatte der AfD am 21.5.25 „Windkraftland ist abgebrannt – Energiewende auf Kosten der Bürger“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD zeigt einmal mehr mit der Titelwahl der Aktuellen Debatte, dass es ihr nicht um eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung mit der Energiepolitik geht mit dem Ziel, Lösungen zu finden. Sie will einzig Katastrophenszenarien ausrufen und Angst und Unruhe in der Bevölkerung verbreiten.

Dennoch will ich die Chance nutzen um ein Thema inhaltlich zu debattieren, das die Menschen in Baden-Württemberg unmittelbar betrifft – nicht theoretisch, nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern hier und jetzt: Die Energiewende – und die Frage, *wer sie am Ende bezahlt*.

Und ich sage es ganz klar: Die Idee, Baden-Württemberg zum „Windkraftland“ zu machen, ist nicht nur ambitioniert – sie ist in ihrer jetzigen Umsetzung ein einziges Beispiel dafür, wie man Ziele formuliert, ohne den Weg dorthin realistisch zu gestalten.

Die Folge: Frust vor Ort, steigende Kosten für Bürgerinnen und Bürger, zunehmende Bürokratie – und ein Vertrauensverlust in staatliches Handeln.

Erstens: Der Windkraftausbau stockt – trotz großer Ankündigungen.

Ja, es gibt mehr Genehmigungen. Aber Genehmigungen allein drehen noch kein einziges Windrad. Was wir erleben, ist ein Behörden-Marathon mit immer neuen Hürden – sei es durch Artenschutz, durch fehlende Flächen oder durch eine überforderte Verwaltung.

Und was ist die Antwort der Landesregierung?

Noch mehr Druck auf die Kommunen. Noch mehr Berichte. Noch mehr Ziele – aber ohne praxistaugliche Instrumente.

Wir brauchen keine neuen Ideenzettel – wir brauchen endlich Umsetzbarkeit!

Zweitens: Der Preis der Energiewende trifft die Bürgerinnen und Bürger mit voller Wucht.

Ob Strompreise, Netzentgelte oder Wärmepumpenzwang – viele Menschen fragen sich inzwischen: *Wer kann sich das eigentlich noch leisten?*

Und ich sage es deutlich:

Energiepolitik darf kein soziales Spaltungsinstrument werden.

Es reicht nicht, nur über Klimaziele zu sprechen – wir müssen auch über **Bezahlbarkeit**, über **Verlässlichkeit** und über **Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land** sprechen.

Was nützt mir die schönste Windkraftvision, wenn die Netze fehlen, wenn die Genehmigungen Jahre dauern – und wenn der Strom am Ende so teuer ist, dass sich der Mittelstand und unsere Familien ihn kaum noch leisten können?

Drittens: Die Energiewende gelingt nicht gegen die Menschen, sondern nur mit ihnen.

Wir erleben derzeit einen massiven Vertrauensverlust: Landwirtinnen und Landwirte, die ihre Flächen nicht mehr wiedererkennen, Anwohnerinnen und Anwohner, die sich übergangen fühlen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die im bürokratischen Dschungel versinken.

Die Frage ist also nicht nur: Wie viele Windräder brauchen wir?

Sondern: **Wie können wir Akzeptanz schaffen? Wie können wir die Kommunen wirklich unterstützen – nicht nur mit Förderprogrammen, sondern mit Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Fairness?**

Nicht ohne Grund forderte der Vorsitzende der Geschäftsführer der Transnet BW, Dr. Werner Götz, vor wenigen Tagen verkündet, dass wir uns ein Stück weit verrannt haben.

Nicht ohne Grund hat die CDU-/CSU-Bundestagsfraktion im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart, dass wir zunächst ein Monitoring der bisherigen Planungen in der Energiepolitik durchführen und den zu erwartenden Strombedarf, den Stand der Versorgungssicherheit, den Netzausbau, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Digitalisierung und den Wasserstoffhochlauf als Grundlage unserer weiteren Arbeit überprüfen.

Nicht ohne Grund hat sich unsere neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bereits auf den Weg gemacht und angekündigt, den Bau Dutzender neuer Gaskraftwerke in die Wege zu leiten.

Nicht ohne Grund hat die EnBW eine Studie erstellen lassen, die ein Einsparpotenzial beim Umbau unseres Energieversorgungssystems in Höhe von bis zu 700 Milliarden Euro festgestellt hat.

Was wir als CDU-Fraktion fordern, ist daher klar:

1. **Ein echter Praxischeck** für jede neue gesetzliche Vorgabe – von der Windkraftplanung bis zur kommunalen Wärmeplanung.
2. **Bürokratieabbau statt Zuständigkeitswirrwarr** – besonders bei Genehmigungen und Berichtspflichten.
3. **Technologieoffenheit statt Ideologie** – wir brauchen alle sauberen Energien, nicht nur die „richtigen“ im Sinne einer bestimmten Politikrichtung.
4. **Faire Kostenverteilung** – die Energiewende darf nicht zu einem finanziellen Risiko für die Menschen werden.
5. **Bürgerbeteiligung ernst nehmen** – vor Ort, nicht nur auf Papier.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Energiewende ist richtig. Der Klimaschutz ist notwendig. Aber wie wir diese Ziele erreichen – **das entscheidet über den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.**

Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre Interessen keine Rolle spielen, dass nur noch über sie, aber nicht mehr mit ihnen entschieden wird – dann gefährden wir nicht nur die Akzeptanz der Energiewende, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir nicht nur ehrgeizige Ziele verfolgen – sondern vor allem verantwortungsvolle, faire und realistische Wege dorthin gehen.

Für ein Baden-Württemberg, das ökologisch verantwortungsvoll – und gleichzeitig wirtschaftlich und sozial vernünftig handelt.

Vielen Dank.